

daß nicht außergewöhnliche Verhältnisse, insbesondere Störungen durch Wagenmangel, Rückgang der Leistung u. dergl., eintraten. Ferner tritt vom 1. Dezember ab eine Erhöhung der Schichtlöhne über und unter Tage um durchschnittlich 1 Mk. ein, ebenfalls ohne Anrechnung des Sondergeldes.

10. Ab 1. Januar 1919 wird eine weitere Lohnerhöhung gewährt, die 15 Prozent auf den Durchschnittslohn betragen soll, wie er sich nach den früheren Vereinbarungen für Dezember stellen wird.

11. Für Über- und Nebenarbeiten an Verträgen, welche über die laufende Schichtzahl hinaus verfahren werden, wird ab 1. Dezember 1918 ein Lohnzuschlag von 25 Prozent, für Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 50 Prozent gezahlt.

14. Der Arbeitsnachweis des Gewerksverbandes wird gemäß den von den Berliner Zentralstellen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen auf paritätische Grundlage gestellt werden.

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben danach herausgehoben, was irgendetwas möglich war. Trotzdem schreibt die in Wilhelmshagen (Hindry) erscheinende, von dem Deserterur Minister geleitete Spartakistische „Freiheit“ vom 4. Januar 1919 u. a.:

Lein sein Mißtrauen gegen die Volksmehrheit in Rußland verzeihen, aber man könnte sich solches Mißtrauen in Deutschland nicht verzeihen! Sütet euch vor dem Chaos! Im Chaos befinden Spekulant und Ausbeuter sich immer wohl auf den Ruinen, während das Volk das größte Unglück tragen muß.

Und doch wird der neue Zustand ja früher oder später eben durch die mühselige Arbeit des Volkes aufgebaut werden. Es gibt kein Zauberwort, das das Paradies heraufbeschwören vermag.

Die Arbeiter sind nicht Phantasten, sondern Realisten. Wir wissen, daß wir auf dem Boden gehen müssen, wenn er auch und unter den Füßen brennt.

Wasser Washington, der Vorkämpfer der schwarzen Rasse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat einmal seinen unterdrückten Gemeindegemeinen ein herrliches Bild vor Augen gestellt.

Das deutsche Volk ist in derselben Lage. Vielmals glaubt es sich nach vom blutigen Meer des Krieges umgeben; das Volk hungert und signalisiert nach Hilfe. Es ist aber in die mildere Zone der Freiheit hineingefahren. Und wir antworten euch: Werst die Eimer aus! Schöpf aus der Kraft des Volkes, aus der gesunden Quelle der Arbeit, aus dem frischen Born der Demokratie.

weiter bestehen müsse. Daher auch der brennende Wunsch, rasch einzugreifen, zu „Beschlagnahmen“, die Betriebe zu „erobert“. Aber wie geschieht das oder wie soll es geschehen nach dem Wunsch der Ungebildigten? Bisher steht man nichts als die Erhebung von Lohnforderungen.

Vorbereitung der Sozialisierung.

In der Berliner Freiheit (Nr. 74) schreibt Professor Lederer-Geibelberg: Nach der marxistischen Lehre vollzieht sich die Sozialisierung mit der Gewalt und Folgerichtigkeit eines Naturprozesses. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus zeigt ein doppeltes Gesicht: sie zertrümmert alle Schranken einer deskriptiven Rechtsordnung, sie zertrennt jegliche überlebte Betriebsformen, vernichtet veraltete ökonomische Einrichtungen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Was ist Sozialismus? Mannigfaltig zur höchsten Produktivität gesteigerte gesellschaftliche Arbeit. Diese glückliche Formulierung hat Scheidemann kürzlich im „Vorwärts“ ausgesprochen und sie damit sozialdemokratischen Kreisen in Erinnerung gerufen, die in der Praxis das Wesen des Sozialismus entweder nicht begriffen hatten oder vergessen zu haben schienen.

Auf euch hofft die Welt!

Unter dieser Anrede an die deutsche Sozialdemokratie sendet der Redakteur am Koblenzener „Sozialdemokraten“, Marius Kreisen, folgende trefflichen Ausführungen, die eine Stimmung widerspiegeln, die auch im übrigen Ausland mehr und mehr Boden zu gewinnen vermag.

Krafftigen Partei, der 'Vorwärts', sich mit folgendem Notruf an die deutschen Arbeiter gewandt:

Die wahrhaftigsten Lohnforderungen sind heute an der Tagesordnung, und kein Mensch denkt daran, was morgen werden soll und wie sich das Los der großen Volksgemeinschaft gestalten soll.

Beachtet man denn nicht, daß wir durch den Krieg vollkommen ausgepulvert sind und daß Deutschland unter der Last drückender Armut leidet? Seute muß man den Mut haben, den Massen reinen Wein einzuschütten über das, was das deutsche Wirtschaftsleben jetzt leisten kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch befähigen soll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen.

Sozialisten heißt Sinn an die Stelle des oft planlosen Unsinns der kapitalistischen Produktionsweise setzen. Sozialisten ist kein Kaufen um den größten Anteil an der Beute. Sozialisten ist auch keine Lohnhegemonie, nie und nimmer, eine solche jener Elemente, die sich von gewerkschaftlicher Organisation, der einzig möglichen Voraussetzung zweckbewusster Lohnbewegungen, nichts wissen wollen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alle Männer und Frauen, die in Selbstlosigkeit und Treue den Bau ihrer sozialen Organisation schufen, mögen die Augen aufhalten! Dem Schaffenden, dem, der da hilft, unser unglückliches Land aus seiner Not zu befreien, gebührt für seine Arbeit höchster Lohn.

Die entthronten Landesväter-Familien.

Die durch den Sturm der Revolution in Deutschland von ihren Thronen herabgeworfenen 22 Dynastien von verschiedenem Rang bilden nach einer Zusammenstellung der Völkervereinigung ein recht ansehnliches Gästlein. Da ist zunächst Preußen mit seinem Königs- und Kaiserpaar, das zugleich das deutsche Kaiserpaar war, mit 29 Prinzen und 11 Prinzessinnen, zusammen 39. Ebenso viele Mitglieder weist Bayern auf, nämlich einen König, eine Königin, 15 Prinzen und 16 Prinzessinnen; dazu treten noch in der herzoglichen Linie fünf Herzöge und eine Herzogin, insgesamt 39. Sachsen gibt ab: 1 König, 3 Prinzen und 5 Prinzessinnen, und Württemberg mit dem Königs- und Kaiserpaar 7 Herzöge und 4 Herzoginnen (die durch Heirat ausgeschiedenen Prinzessinnen sind in dieser nicht allfälligen Statistik fortgelassen), also 13. Bei den großherzoglichen Häusern handelt es sich in Baden um den Großherzog, die Großherzogin-Mutter, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, das sind 6. In Mecklenburg finden wir 1 Großherzog mit Gemahlin, Mutter und Stiefmutter, dazu die verheiratete Stiefmutter der Großherzogin, demnach 4 Großherzoginnen, 8 Herzöge und 3 Herzoginnen, 16. In Oldenburg das Großherzogpaar, 3 Herzöge, 1 Herzogin, 9, und in Sachsen-Weimar-Eisenach 1 Großherzog, 1 Herzogin, je 2 Prinzen und Prinzessinnen, 6. Nun zu den Herzogsfamilien: Sachsen-Coburg zählte die meisten Mitglieder: das Herzogpaar, 1 Herzoginwitwe, 10 Prinzen und 9 Prinzessinnen (ohne England, Portugal, Belgien, Ungarn), 22. Sachsen-Meiningen hatte 1 Herzogpaar, 3 Prinzen, 2 Prinzessinnen. Sachsen-Altenburg: Herzog und Herzogin, 2 Prinzen und 3 Prinzessinnen, 7. Braunschweig: das Herzogpaar, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, 5. Bei den Fürsten steht Preußen mit 18 Fürstentümern, 36. Es folgt Schaumburg-Lippe mit dem Fürsten, der Fürstin-Mutter, 17 Prinzen und 7 Prinzessinnen, 26. Dahinter marschieren Lippe mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Albedi: Fürstpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 1 Prinzessin, 9. — In Summa also 274 'Entthronte', die auch über ungeheure Güter verfügen.

Was haben die alten Machthaber gelistet?

Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß die Revolution verheerend gewirkt habe, und belegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf Einzelfälle, bei denen die Mitglieder der U.- und S.-Klasse hohe Entschädigungen erhalten haben. In welcher Weise mit den Großen der Steuerzahler unter dem alten Regime gewirtschaftet worden ist, wie die 'alten Machthaber' entschädigt wurden, haben die Lobredner des alten Systems, wie es scheint, ganz vergessen. Wir wollen ihr Gedächtnis auffrischen. Es erzielten:

Table with 3 columns: Name, im Jahre, an einem Tage. Lists names like Wilhelm II., König von Bayern, etc., with corresponding monetary values.

Die U.- und S.-Klasse haben zudem mit vielen hochbezahlten Stellen der alten Machthaber gründlich aufgeräumt. Nicht nur die gekrönten Häupter, sondern auch viele andere Schmarotzer sind gestürzt worden. Es gab zahlreiche Stellen, die vielfach von ehemaligen Offizieren mit hohem Gehalt besetzt waren, die jetzt aufgehoben sind.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Wandlung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge.

Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918, die wir in Nr. 49 der 'S.-S.' veröffentlichten, ist durch Verfügung vom 3. Dezember 1918 folgend abgeändert worden:

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung: Entsprechendes gilt für Kriegsteilnehmer eines während des Krieges mit dem Deutschen Reich verbündeten Staates, die bei Ausbruch des Krieges oder bei ihrer Einziehung zum Heere im Deutschen Reich gewohnt haben. Auslandsdeutsche, die einen inländischen Wohnort nicht haben, sind von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten.

Der Demobilisierungskommissar kann bestimmen, welche Stellen diese Vorschriften durchzuführen und die nötigen Anordnungen zu treffen haben.

§ 17 Satz 2 erhält folgende Fassung: Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeugte Stelle kann bestimmen, daß für einseitige Wirtschaftsgebiete der gleiche von ihr festzusetzende Ortslohn zu gelten hat.

Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

Der Rat der Volksbeauftragten hat am 23. Dezember durch eine Verordnung das Tarifwesen, die Arbeitervertretung durch Ausschüsse und das Schlichtungswesen geregelt. Die neue Verordnung, die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitet und mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten ist, erklärt den Inhalt schriftlich zwischen Vereinigungen der Arbeitnehmer und einzelnen Arbeitgeber abgeschlossener Tarifverträge für alle zwischen den beteiligten Personen vereinbarte Arbeitsverträge als rechtswirksam.

Die Bestimmungen über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und über das Einigungsamt können sich an die Vorschriften im Gewerkschaftsentwurf eines Arbeitsamtesgesetzes an. In wichtigen Fällen kann das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder sie einer anderen Schlichtungsstelle übertragen (§ 22).

Wie wird gewählt?

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar und zur preußischen Landesversammlung am 26. Januar wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Das Wesen der Verhältniswahl liegt darin, den Parteien so viel Abgeordnetenstimmen zu geben, wie dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmzahl zur Gesamtzahl der Stimmen entspricht und den Nachteil der bisherigen reinen Mehrheitsentscheidung zu beseitigen, daß auch noch so große Minderheiten unterrepräsentiert bleiben.

Für diese Verteilung der Mandate auf die einzelnen Gruppen wird das System des Belgiers d'Hondt angewandt, das die Gewähr gibt, daß immer die größeren Stimmenreife die erste Verdrängung finden. Es besteht darin, daß, nachdem die abgegebenen Stimmzahlen der einzelnen Listen festgestellt sind, sie nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden, wie Abgeordnete zu wählen sind.

Table with 4 columns: Liste A, Liste B, Liste C, Liste D. Shows the distribution of 500,000, 200,000, 220,000, and 100,000 votes across four lists.

Die eingekammerten Zahlen, geben die Reihenfolge an, in der nach den höchsten Teilzahlen die Abgeordnetenstimmen auf die vier Listen verteilt werden. Die Liste A fängt mit der ersten Höchstzahl an; da ihre Teilzahl durch 2 eine geringere Zahl als die ungeteilte Höchstzahl von Liste B ergibt, erhält letztere den zweiten Sitz.

Neues Hausangestelltenrecht in Bayern.

Durch den Rat der Volksbeauftragten wurde unterm 12. Dezember (R.-G.-Bl. Seite 1303) die Aufbesserung der Gesindeordnung verfügt. In Bayern bestand eine Gesindeordnung nicht, doch entfiel das Bayer. Volksgesetz vom 26. September 1871 in seinen Artikeln 106-110 geltendmachung Strafbestimmungen. Ferner sind zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1899 über den Gesindevertrag in den Artikeln 15-31 besondere Ausführungsbestimmungen erlassen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Nachfrage im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier. In welcher Weise das Rheinisch-Westfälische Kohlenrevier die Nachfrage — das sind nicht die Verkaufspreise, sondern die Berechnungspreise zwischen Endbit und Zechen — seit Kriegsbeginn geliegt hat, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung, wonach pro Tonne kosteten (in Mark):

Large table with multiple columns showing coal prices for different regions (e.g., Ruhrkohlen, Ostfälische Kohlen) and types (e.g., Fettkohlen, Magerkohlen) at various dates from 1914 to 1919.

Table showing prices for different types of coal (e.g., Fettkohle I, Fettkohle II) and their corresponding prices in Mark.

Das sind Preissteigerungen um 300 Prozent und mehr. Dabei handelt es sich um die Verkaufspreise, die Verkaufspreise sind zweifellos meistens noch höher. Volkswirtschaftlich lassen sich diese Preise auf die Dauer gar nicht tragen.

Preise am Eisenmarkt.

Table showing prices for various types of iron (e.g., Schmiedeeisen I, Schmiedeeisen II) and their prices in Mark.

Wir sehen, daß hier die Preise den Kohlenpreisen gefolgt sind. Und so wird sich das verhalten, bis auch die Arbeiter die höheren Preise mittragen müssen durch noch höhere Löhne der Lebenshaltung. Das kann ja nicht weiter gehen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen.

Internationale Kundschau.

Sozialpolitik im Friedensvertrag.

Die 'Humanité', das Sprachrohr der französischen Sozialisten, teilt mit, daß die Arbeitskommission für die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung im Friedensvertrag sich zu folgenden Vorschlägen an die Friedenskonferenz entschlossen hat:

- A) Proklamation des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu verwirklichen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schluß des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Mutterpflicht, des Familienlebens, des sozialen Lebens, der pöplischen und moralischen Gesundheit und durch Entlohnung der Bevölkerung. Folglich spricht sich der Friedensvertrag aus: 1. Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1918 angenommen hat: Unterdrückung der Nachtarbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Neunstundentages für die Frauen und für die jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter. 2. Die unter B vorgetragene internationale Arbeitskonferenz prüft folgende Reformen: Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren, Befristung des Arbeitstages für Erwachsene, sofortige Einführung des Neunstundentages in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Ruhepause von 1 1/2 Tag, Organisation und Gegenseitigkeit der Krankenversicherung, Invaliden- und Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung der Arbeiterschutzgesetzgebung, Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern. B) Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben und die Delegierten der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen umschließt. Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch fortschreitende Verträge die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu entwickeln. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schiedsgerichtshof zu bilden, vor dem alle sich erhebbenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsnationen über die Anwendung des Übereinkommens zu bringen sind. Der Tag des Aufammentritts dieser internationalen Konferenz ist durch den Friedensvertrag zu bestimmen und muß spätestens innerhalb von sechs Monaten nach seiner Unterzeichnung bestimmt sein. In dieser ersten Sitzung der Konferenz sind die unter A 2 erwähnten Reformen zu prüfen und die Organisation und Arbeitsweise in jedem der Vertragsstaaten durch eine Arbeitsinspektion zu sichern. Es wird ein internationales Arbeitsbüro geschaffen, dessen Kosten von den Vertragsmächten und

den beigetretenen Staaten getragen wird. Dieses Bureau hat sich vor allem mit dem Statistik, mit sozialen und technischen Erhebungen und mit dem Vergleich der Berichte der internationalen Arbeitsinspektionen zu beschäftigen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schredensherrschaft der Spartakisten.

Die sozialdemokratische „Niederheinische Volkstimme“ vom 9. Januar veröffentlicht drei Schreiben unseres Verbandes. Der erste ist ein Schreiben an die Arbeiter der Stadtverwaltung, das zweite an die Arbeiter der Stadtverwaltung, das dritte an die Arbeiter der Stadtverwaltung.

Die sozialdemokratische „Niederheinische Volkstimme“ vom 9. Januar veröffentlicht drei Schreiben unseres Verbandes. Der erste ist ein Schreiben an die Arbeiter der Stadtverwaltung, das zweite an die Arbeiter der Stadtverwaltung, das dritte an die Arbeiter der Stadtverwaltung.

Am Sonntagabend fand im Rathssaal eine Mitgliederversammlung der U.S.P. von Groß-Dortmund statt. In derselben wurde Bericht erstattet von der Reichskonferenz des Spartakusbundes. In der Diskussion wurde beantragt, dem Spartakusbund beizutreten. Jedoch wollte man erst die Kreisorganisation abwarten, um dort den ganzen Kreis dem Spartakusbund zu sichern.

Das dritte Schreiben lautet:

Seit mehreren Tagen haben sich innerhalb der Stadt Dortmund Ereignisse abgespielt, die das Herz eines jeden Sozialdemokraten, der ernst und ehrlich bestrebt ist, dem Volke Frieden, Freiheit und Brot zu schaffen, mit tiefer Trauer und unendlichem Schmerz erfüllen müssen.

Gamborn am Rhein, den 24. Dezember 1918. Kamerad Arnold hat wiederholt an Revierkonferenzen und Generalversammlungen unseres Verbandes teilgenommen und ist dadurch auch weiteren Kameradenkreisen bekannt geworden.

Ausführung auf Zeche Walthrop.

Am 21. Dezember fand auf der staatl. Zeche Walthrop die Ausschussung statt. Es wurde über verschiedene Wünsche und Anträge diskutiert. Der Oberbergat gab zuerst den Bericht über die Geschichte des vergangenen Jahres.

Table with 2 columns: Month and Amount. Includes entries for July, October, and November.

Im November betrug der Preislohn auf Walthrop 15,62 M., der Preislohn 15,31 M. Ein Antrag, die gesamten Unternehmer von der Zeche zu entfernen, wurde nicht angenommen.

Bedenkslosigkeit der „Sächsischen Zeitung“.

Die „Sächsische Zeitung“ (Nr. 8 vom 4. Januar 1919) schreibt in der „Wirtschaftlichen Wochenschau“ ganz unbedenklich: „Sobald man nicht essen. Das hat schon der alte Pythagoras als Lebenswörter empfunden.“

nichts, neue Werte also werden nicht geschaffen. Der Kredit muß erhalten. Die Massen aber, die jetzt in den großen Städten und im Ruhrbezirk so handeln, leben dem tausendsten Wahn, damit ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Sie wissen nicht oder wollen nicht wissen, daß sie mit ihrem Vorgehen die Unternehmungen wirtschaftlich zugrunde richten, die ihnen bisher Unterhalt gegeben haben.

Die „Sächs. Ztg.“ scheint vom Mond gefallen zu sein, sonst müßte sie wissen, daß die gewaltige Geldentwertung und ihre Ursachen oft und eingehend in der freien Gewerkschaftspressen erörtert wurden. Auch in der „Bergarb. Ztg.“ ist das oft geschehen.

Der Ausfall der „Sächs. Ztg.“ gegen die Arbeiterführer entbehrt nichtin jeder Grundlage und schließt der Wahrheit direkt ins Gesicht. Anständig und ehrlich ist das nicht.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Revierkonferenzen der sächsischen Bergarbeiter.

Zwei aus allen Ortschaften des sächsischen Bergbauers besuchte Revierkonferenzen fanden am 28. und 29. Dezember statt und zwar in Neurode und in Waldenburg. Unser Bezirksleiter Tholl referierte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den sächsischen Gruben sowie über Entwicklung und Status der Organisation.

Der Vorwurf, daß die Bergarbeiter heute weniger angestrengt arbeiten, wiesen die Delegierten mit Entrüstung zurück. Schuld an der Minderleistung ist die schlechte Ernährung, die schlechte Zimmerung, schlechtes Geschick, schlechte Wagenschmiere, die geringe Luftspannung zum Betriebe der Bohrmaschinen u. a. m.

Von verschiedenen Berken wurde mitgeteilt, daß trampsche Versuche gemacht werden, die Reichstreuen und katholischen Jagdabteiler wieder aus Ruher zu bringen. Ein hoher Grubenbeamter soll erklärt haben, daß die Jagdabteilung würde von den Bezirksverwaltungen anerkannt, sobald sie 1000 Mitglieder nachweisen könnte.

Die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau soll in nächster Zeit angeht werden. Dabei wird dafür gefordert werden, daß, wie in anderen Berufen, nur die organisierten Arbeiter die Vorteile des Tarifvertrages genießen.

Die Bezirkskonferenz begrüßt, daß im neuen Deutschland die freien Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterklasse anerkannt sind. Es ist daher notwendig, daß jeder Bergmann und jede Arbeiterin, die auf einem Bergwerk beschäftigt ist, dem Bergarbeiterverband als Mitglied beitreten muß.

Bergat Jollisch freiwillig aus dem Leben geschieden.

Bergat Jollisch, der Direktor der Bergwerke in Oberstolzen, ist freiwillig aus dem Leben geschieden und hat diesen Schritt in folgendem Schriftstück eingehend begründet:

„An die obersteinsten Berg- und Hüttenleute! Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, Euch durch Worte zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen. Ich will sterben, um Euch zu belehren, daß die Sorgen, die Ihr über unser benedictes Dasein verhängt, schämmer sind als der Tod.“

„Wußte das sein? So fragt man erschüttert. Wir sagen: Nein! Durch eine solche Selbstaufopferung, so gut sie gemeint ist und so erheiternd sie wirkt, können die Unterdrückungen und Unterlassungen der Vergangenheit nicht gutgemacht werden.“

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 3. Woche (vom 12. bis 18. Januar 1919) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Betrifft Generalversammlung.

Der Gesamtverband hat bereits im Oktober v. J. beschlossen, unsere Generalversammlung zu Ostern in Bochum abzuhalten. Nun aber kam die Revolution und der Waffenstillstand dazwischen.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu stellen, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern. Bobelschwang. Vom 15. Januar bis 1. Februar. Westerbred. Am dritten Sonntag im Februar.

Bibliotheken.

Bottrop II. Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kameraden Johann Pirch, im Sondern 17. Castrop III. Bibliothekar: Egidius Brandt, Am Graben 3. Bücherausgabe nur Sonntags.

Krankentürlieferungs-Auszahlung.

Altenbägg. Vom 1. Januar ab beim Kameraden Heinrich Laake, Könrerstr. 3, jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Bottrop I. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, nachmittags von 1 bis 4 Uhr, in der Wohnung des Kassierers.

Abstellenveränderungen.

Steehen. Da die Zahlstelle Hamm-Nord geteilt worden ist, ist Steeben jetzt eine selbständige Zahlstelle. Vertrauensmann ab 1. Januar 1919 ist der Knappschaftsälteste Bruno Tebemann in Steeben, im Hammischen 40, an den auch Beschwerden über Zustellung der Zeitung sofort zu richten sind.